

## "Das Ende der großen Töneton" in The Guardian (25. Juni 1984)

**Legende:** In einem Kommentar vom 25. Juni 1984 anlässlich der Eröffnung des Europäischen Rates von Fontainebleau schätzt die linke britische Tageszeitung The Guardian, dass es an der Zeit ist, die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs und seinen europäischen Partnern auszuräumen.

**Quelle:** The Guardian. 25.06.1984. Manchester: The Manchester Guardian and Evening News Ltd. "The day the shrillness has to stop", p. 15.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/das\\_ende\\_der\\_gro%C3%9Fen\\_toneton\\_in\\_the\\_guardian\\_25\\_juni\\_1984-de-0ae13b19-9cb3-4bcb-b2d4-d6fc23c5a5d3.html](http://www.cvce.eu/obj/das_ende_der_gro%C3%9Fen_toneton_in_the_guardian_25_juni_1984-de-0ae13b19-9cb3-4bcb-b2d4-d6fc23c5a5d3.html)



**Publication date:** 27/10/2016

## Das Ende der großen Töne

Margaret THATCHERS Zwist mit Europa hält schon über vier Jahre an. Er erinnert fast an den Hundertjährigen Krieg: Überall machen sich Ermüdungserscheinungen breit und allein schon aus purem Überdruß könnte heute in Fontainebleau beim neuen Zusammentreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine erlösende Entscheidung getroffen werden.

Die Gerüchteküche brodelt wie üblich. Für die einen herrscht zwischen den Franzosen und Briten so gut wie Einigkeit in der Frage, wie die Krise der Europäischen Gemeinschaft beendet werden kann. Für andere dagegen spielt der französische Präsident François Mitterrand sein altes Spiel: Er signalisiert einerseits Kompromissbereitschaft, andererseits ist er jedoch im Stande, sich plötzlich gegen die Briten zu stellen, falls es zu keiner Einigung kommt. Und die Deutschen? Frankreich und Großbritannien könnten eventuell einen Konsens finden, aber ist Europas Zahlmeister auch dieses Mal bereit zu zahlen?

Die Staats- und Regierungschefs haben sich in üblicher Manier einen großen Spielraum für ein neues Fiasko geschaffen. Erst in den letzten Tagen haben sich ernsthafte diplomatische Bemühungen auf das komplexe Problem, wie die Ausnahmeregelung für Großbritanniens EWG-Haushaltsbeitrag beurteilt und korrigiert werden soll, konzentriert. Seitdem ist der französische Präsident und derzeitige EU-Vorsitzende nach Moskau gereist und auch sonst bleibt es im Elysée-Palast recht still. Wie bereits auf dem Brüsseler Gipfel im März droht die Gefahr, dass die Beitragskorrektur für die Verhandlungsrunde zur unlösbaren Rechenaufgabe wird.

Aber bei solchen Fragen werden sich alle irgendwann zumindest darüber einig, dass es so nicht weitergehen kann. Selbst im politischen Journalismus wird einmal der Moment erreicht, an dem jeder die Ohren vor sämtlichen Gerüchten und Falschinformationen verschließt und sich sein Urteil nach dem Motto „Es wird geschehen, was geschehen muss“ bildet. In Fontainebleau muss es Kompromisse geben, und meiner Meinung nach wird es die auch geben.

Wieder einmal steht die Europäische Gemeinschaft vor der Gefahr, langsam auseinander zu fallen, wenn es nicht endlich vorwärts geht. Ohne eine Lösung des „Problems Großbritannien“ ist ein Neustart in Fontainebleau nicht möglich.

Zu dieser Einsicht scheint auch Frankreich langsam zu gelangen, selbst wenn dort in letzter Zeit von einem Europa mit zwei oder sogar mehr Geschwindigkeiten die Rede ist. Die Schlussfolgerung muss deswegen aber nicht auf der Meinung gründen, dass ein Europa ohne Großbritannien nicht möglich ist, denn es gibt ein viel banaleres und dringenderes Argument: Die Gemeinsame Agrarpolitik kann ohne englische Unterstützung nicht länger finanziert werden.

Der französische Präsident Mitterrand möchte Fontainebleau zu einer Art europäischem Sprungbrett machen. Er hat dafür seine eigenen Gründe, aber mit seinem Wunsch steht er nicht alleine da, denn alle führenden Staatsmänner Europas haben den drohenden Zerfall vor Augen. Nach dem Londoner G7-Treffen wurde den Europäern die amerikanische Erfolgsstory aufs Neue deutlich bewusst. Ohne neue und intensivere Kooperationsformen und -ausmaße wird die Europäische Gemeinschaft mehr und mehr hinter den Vereinigten Staaten und Japan zurückfallen. Die europäischen Staatschefs mögen zwar uneins darüber sein, was und wie, aber sie wissen nur zu gut, dass etwas getan werden muss.

Beim Londoner Gipfel wurden die negativen Auswirkungen der Uneinigkeit deutlich spürbar. Europa sprach bei den Verhandlungen mit Amerika nicht mit einer Stimme. Zu einem Zeitpunkt, da Europa von Amerika gedrängt wird, den Verteidigungshaushalt zu erhöhen und die Vereinigten Staaten immer mehr um die zukünftigen Ost-West-Beziehungen bangen, darf beim Gipfel von Fontainebleau nicht erneut Handlungsschwäche und Orientierungslosigkeit gezeigt werden.

Von allen Seiten, sowohl in den einzelnen EU-Ländern als auch auf internationaler Ebene, wird politischer Druck ausgeübt, der zielgerichtetes Handeln fordert. Die Europaparlamentswahlen bezeugten nicht nur lähmende Desillusionierung, sondern auch einen gefährlich gärenden Protest. Überall in Europa zeichnen

sich nationalistische und neutralistische Tendenzen ab. Die Europäische Gemeinschaft muss für Deutschland, wo Bundeskanzler Helmut Kohl zunehmend Richtung Osten blickt, eine Verankerung im Westen bedeuten, zu der es sich bekennen kann, und für die es gleichzeitig bezahlen möchte. Frankreich, das die Deutschen ständig ängstlich beobachtet, hat ähnliche Interessen.

Präsident Mitterrand, der in den europäischen Parlamentswahlen einen Dämpfer erlitt, braucht dringend politischen Erfolg und die notwendige Bühne für eine große Geste. Sollte sich seine linke Regierungskoalition auflösen, braucht er Unterstützung aus der Mitte, die in Frankreich, genauso wie in Großbritannien, zu Europa tendiert. Wenn Fontainebleau zu einem Reinfall und die Brüsseler Zuschüsse im Anschluss daran verringert würden, hätte er nicht nur ein wütendes Heer französischer Landwirte vor sich, sondern auch deutlich weniger Geldmittel in der eigenen Finanzkasse.

Auch Margaret Thatcher muss auf ihren Ruf achten. Sie ist für reichlich Entschlossenheit und Hartnäckigkeit, weniger dagegen für Flexibilität und Kompromissbereitschaft bekannt. Nach dem Falklandkrieg profitierte die konservative Partei von Thatchers Image, heute wird es ihr aber mehr und mehr zur Last. Die letzte Woche in Brüssel von Sir Geoffrey Howe signalisierte Kompromissbereitschaft Großbritanniens bedeutet, dass die Neun jetzt reagieren müssen. Falls sich die britische Premierministerin in Fontainebleau jedoch wiederum isolieren und wenig entgegenkommend zeigen sollte, so würde sich ihr Ruf nur bestätigen. Angesichts des sich hinziehenden und immer verbitterteren Streiks der Bergarbeiter kann sie es sich kaum leisten, auf dem „Kontinent“ halstarrig und im eigenen Land unnachgiebig zu bleiben.

Auch wenn das britische Volk ihre „Wir wollen unser Geld zurück“-Haltung befürwortet, wenig auf den Gemeinsamen Markt und noch weniger auf die Gemeinsame Agrarpolitik gibt, hat es wohl vor allem von der endlosen Haushaltsdebatte gründlich genug und will sie beendet sehen.

Sie selbst, die sie oft ein gutes Gespür für die Stimmung im eigenen Land hat, langweilt dieses Dauerthema zu Tode. Selbst ihrer eigenen Stimme schien sie überdrüssig – bei ihr höchst ungewöhnlich –, als sie letztthin mit ihren Beratern die Sachargumente zum x-ten Male durchging.

Zudem muss sie sich jetzt entscheiden, denn ein besseres Angebot aus Frankreich als von Präsident Mitterrand am Ende der französischen EG-Präsidentschaft wird sie nicht bekommen. Ihr ist das wohl bewusst, und Mitterrand wiederum weiß, dass sie es weiß. Ihr schrilles und ermüdendes Taktieren hat sich bestens bezahlt gemacht: Die übrigen EG-Mitglieder wurden durch ihre Unnachgiebigkeit dazu gezwungen, das „britische Problem“ anzugehen; wichtige Reformen in den Haushaltsverfahren und in der GAP wurden in Gang gebracht. Nun ist ihre Strategie jedoch ausgeschöpft und sie muss einlenken.

Das wird ihr schwer fallen. Sie wird klein begeben müssen, was, auch laut ihrem Vorbild Churchill, jedem Politiker nur gut tut. Sie hat zuhause versprochen, in Fontainebleau keine halben Sachen zu machen, was allerdings geschehen wird. Ursprünglich wollte sie das Gleichgewicht zwischen Großbritanniens Beiträgen und Rückflüssen wieder herstellen. Die bisher errungenen Ad-hoc-Ausgleichszahlungen bedeuteten Rückflüsse, die etwa zwei Drittel von Großbritanniens Netto-Beitrag entsprechen. Wird in Fontainebleau ein Kompromiss erzielt, verringert sich dieser Betrag voraussichtlich noch mehr, zumindest nach englischer Differenzberechnung.

Die neue Regelung hat den Vorteil, dass sie langfristig angelegt ist und sich in gewissem Maße selbst korrigiert. Der EWG-Haushalt wird sich dennoch zunehmend vergrößern und damit auch die absolute Beitragshöhe für Großbritannien. Die GAP-Kosten werden selbst nach den Reformen noch steigen und der EG-Beitritt Spaniens und Portugals in zwei Jahren wird die Mitglieder im nördlichen Europa zusätzlich belasten.

Selbst ausgehend von Thatchers im März gestellten ultimativen Forderungen an Brüssel – die sie jetzt nach abschwächen muss – hat das Außenministerium für Großbritannien einen voraussichtlichen Nettobeitrag von 600 Millionen englischen Pfund für 1988 errechnet, was immer noch etwa der Hälfte der derzeitigen Abführungen entspricht.

Einigen ihrer Parteimitglieder wird das nicht gefallen. Ihnen passt der Gedanke sowieso nicht, dass Großbritannien für die EWG noch mehr zahlen soll. Ein Abkommen, demzufolge Beiträge durch vermehrte Mehrwertsteuer-Abführungen der Mitgliedsstaaten erhöht werden sollen, muss von den einzelnen Parlamenten ratifiziert werden. Im Londoner Unterhaus wird es da zu einem Aufstand unter den Abgeordneten in den Hinterbänken kommen. Die Einpeitscher sprechen von 50 bis 60 Konservativen, die nicht hinter der Regierung stünden –eine Zahl, die ich bezweifeln würde. Nichtsdestotrotz könnte die Premierministerin auf Stimmen der Liberalen und der SDP angewiesen sein. Und dies wäre ihr völlig zuwider.

Sie muss allerdings auch mit den Europäern in ihrer Partei rechnen. Als sie nach dem Brüsseler Fiasko androhte, Großbritanniens Beiträge widerrechtlich auszusetzen, führte das zu allgemeinem Protest. Nachdem sie erfuhr, dass Edward Heath, Francis Pym, Sir Ian Gilmour und James Prior gegen die Regierung stimmen würden – für Prior hätte dies den Rücktritt aus dem Kabinett bedeutet -, gab sie nach und zog die Drohung schleunigst zurück.

Was immer sie auch tut, sie bekommt Probleme. Für sie eine gute Gelegenheit, Landesinteressen über die der Partei zu stellen. Kompromisse sind ihr fremd, wenn sie allerdings nicht mehr vermieden werden können, ist Thatcher durchaus zu mutigen Entscheidungen fähig. Großbritanniens Streit mit den übrigen Gemeinschaftspartnern ist peinlich, entmutigend und hinderlich – für alle Beteiligten. Jeder spürt, dass ihm endlich ein Ende gemacht werden muss. Es gibt keine andere Wahl.

Peter Jenkins